

# Saale-Zeitung.

Zweimalwöchiger Zeitungs.

Bezugspreis  
Die Saale-Zeitung wird bei postamtlicher  
Bestellung 2.00 Mk., durch die Post  
2.25 Mk., ansehl. Bestellungsgebühren.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Die amtlichen Schluß-Bezüge sind  
unter „Saale-Zeitung“ einzutragen.  
Für unterjährl. eingehende Nummern  
wird kein Honorar übernommen.  
Abdruck nur mit Genehmigung:  
„Saale-Zeitung“ gestattet.  
Verleger der Saale-Zeitung Nr. 1140;  
der Reichs-Zeitung Nr. 1133 a.  
Verlags-Gesellschaft: Saale-Zeitung  
Nr. 1140, I; Telefon Nr. 500 u. 181.

Anzeigen  
Anzeigen im Saale-Zeitung werden  
unter Nr. 1140, I, durch die Post  
2.25 Mk., ansehl. Bestellungsgebühren.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Die amtlichen Schluß-Bezüge sind  
unter „Saale-Zeitung“ einzutragen.  
Für unterjährl. eingehende Nummern  
wird kein Honorar übernommen.  
Abdruck nur mit Genehmigung:  
„Saale-Zeitung“ gestattet.  
Verleger der Saale-Zeitung Nr. 1140;  
der Reichs-Zeitung Nr. 1133 a.  
Verlags-Gesellschaft: Saale-Zeitung  
Nr. 1140, I; Telefon Nr. 500 u. 181.

Nr. 250.

Halle a. S., Freitag, den 29. Mai

1908.

## Politischer Boykott.

Von G. Gothein, Mitglied des Reichstages.

Sozialdemokratischer Boykott ist die Boykottierung aller der von ihren Wählermassen abhängigen Geschäftsleute — Kaufleute, Handwerker, Gastwirte — angeknüpft worden, die bei den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen nicht für sozialdemokratische Wahlmänner stimmen. Man will damit den sog. staatsverräterischen Parteien das Zweifelschweigen der öffentlichen Stimmgabe ad oculos demonstrieren; man gibt ohne weiteres das Immoralitätsscheit einer solchen Boykottierung zu, will aber nicht bloß immer Jambos, sondern auch einmal Kammer sein, d. h. man will den Teufel durch Beelzebub austreiben, denn es steht zu bezweifeln, daß man sich erst einmal über die schweren moralischen Bedenken hinwegsetzen, man sich der bösen Wirkung auch dann nicht enthalten wird, wenn das Ziel: „Das geheime Wahlrecht“ erreicht ist.

Widrig ist die das Vorhaben der Sozialdemokraten durchaus begrifflich, Illog ist es trotzdem nicht, denn die Wahlstimmgebung, in denen ihre Wähler von dieser gefährlichen Weise Gebrauch machen können, sind die, in denen die Konserwativen bestenfalls durch ihre passive Hilfe ein Mandat erringen können. Betroffen werden damit im wesentlichen Freiwahl- und in einigen wenigen Fällen vielleicht auch Nationalistkreise.

Geradezu fälschlich ist es aber, wenn man ausgerechnet die „Kreuzzeitung“ eine Erweiterung des Strafsystems dahin verlangt, daß „jede Art der Bedrohung, um eine Wahlbeeinflussung zu erzielen, unter Strafe gestellt werde.“ Die wirksamste Art der Bedrohung ist die, jemandem seine Arbeitseigenheit zu entziehen, wenn er von seinem Wahlrecht einen Gebrauch gemacht hat, der dem Arbeitgeber nicht paßt. Diese Art der Bedrohung spielt aber auf dem Lande und in den kleineren Städten selbst bei der geheimen Wahl, geschweige bei der öffentlichen, eine gewaltige Rolle, und zwar wird sie in mindestens 90 von 100 Fällen für Konserwativen durch Konserwativen ausgeübt. In Bornpommern, wo wir die Verhältnisse aus eigener Anschauung näher bekannt sind, ist nicht nur einer ganzen Anzahl von Arbeitern, die in den Verdacht gekommen waren, liberal gewählt zu haben, gekündigt worden, nein, man hat ganz offen und ungeniert in Zeitungen und in Versammlungen gedroht, die „Landherren“ würden nicht mehr ihre Einkünfte in den Städten machen, die liberal wählen. Von einer kleinen Kandidatur, die wiederholt nur wenige Konserwativen Stimmen abgab, hieß es, „das rote Nest müsse ausgehungert werden.“ Der Witwe Müller in Grimmen wurde das Kaiser-Geburtsstagsdiner entzogen, weil sie ihren Sohn zu liberalen Versammlungen herangezogen hatte. Einem Galtwirt auf dem Lande im Kreise Grimmen wurden die Sozialisten fortgenommen, weil er trotz Befehl des königlichen Förstlers nicht zur Wahl kam. Und solcher Geschichten könnte man tausende erzählen und mit Beweisen belegen. Ist es etwa kein Terrorismus, wenn im ganzen Kreise Anklam nur 3 Gastwirte auf dem Lande ihre Lokale für liberale Versammlungen herzugeben wagten? Der ganze Verwaltungs- und Selbstverwaltungsapparat auf dem platten Lande und in den kleineren Städten Mitteldeutschlands wird in den Dienst der beiden konserwativen Parteien gestellt. Haben denn die preussischen Minister des Innern, haben die konserwativen Parteien in Reichs- und Landtag, haben die Presse jemals diesen unerhörten Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht zur politischen Wahlbeeinflussung verurteilt? Im Gegenteil, sie haben ihn teils fälschlich, meist sogar offen unter ihren Schutz genommen.

Ist der Druck, der auf die Beamten ausgeübt wird, anders zu stimmen als ihrer Ueberzeugung entspricht, etwa kein Terrorismus? In vielen Gegenden ist es für ihn gefährlich, für einen gemäßigten Liberalen zu stimmen. Selbst bei der geheimen Wahl zum Reichstag kann er das Schlimmste befürchten, wenn es ruckbar wird, daß er — und wenn auch nur in der Stichwahl als für das kleinere Übel — einen Sozialdemokraten gewählt hat. Der Fall des Sanitätsrats Dr. Schellenberg in Wiesbaden, dem die Funktion als Vertrauensarzt der Post gekündigt wurde, weil infolge eines Keimrinnenentlaufes und jämmerlicher Denunziation bekannt geworden war, daß er in der Stichwahl für einen Sozialdemokraten gestimmt hatte, ist der bekannteste Beweis für den Terrorismus, den die Behörden bei der Wahl ausüben. Und der Staatssekretär Kräfte hat ja den „Mut“ gehabt, diese staatsverräterische Tat zu verteidigen. Wie reimt sich mit diesem Faktum die Zustimmung des Reichstages, daß bei den Wahlen sich die Behörden jeder Wahlbeeinflussung enthalten sollen! Gibt es eine schlimmere, als den Fall Schellenberg!

Die politische Moral steht in Deutschland und speziell in Preußen leider so jämmerlich tief, daß die große Masse sich über so traurige Vorgänge kaum noch aufregt. Bei den Konserwativen und ihrem führenden Organ, der „Kreuzzeitung“, die die Haltung des Staats-

sekretärs Kräfte mit Entschiedenheit verteidigt haben, stellt sich die sittliche Entrüstung erst ein, wenn die Sozialdemokraten das tun, was von ihnen selbst seit Jahrzehnten geübt worden ist. Der gerechtfertigte Widerstand wird mit den politischen Boykott aufs Schärfste verurteilt, was er von Sozialdemokraten, Konserwativen oder Behörden gemacht werden. Gegen ihn gibt es nur ein Mittel: „Die geheime Wahl.“ Die „Kreuzzeitung“ aber, die heute über sozialdemokratischen Terrorismus klagt, möge sich des Spruches erinnern: „Der Wind säet, wird Sturm ernten.“

## Fürst Bülow und der Harden-Prozess.

Durch die Presse ging jüngst das Gerücht, und auch wir verzeichneten es in der Erwartung, daß es durch die Tatsachen bald bestätigt würde: der Reichskanzler wolle auf dem Wege persönlicher Vermittlung in dem Harden-Mollath-Prozess eingreifen, er wolle, daß man nicht abermals von einer Berliner Strafammer das Bild entschleierte, das die Dekadenz gewisser Schichten der Nation in Königsplatzbeleuchtung schon in zwei Instanzen gezeigt hatte. Leider haben wir uns in unserer Annahme getäuscht. Wie der „Saale-Zeitung“, von dem Unterstaatssekretär der Reichskanzlei im Auftrage des Kanzlers mitgeteilt wird, liegt es nicht in seiner Absicht, in dem Prozess irgendwie vermitteln vorzugehen, „die Stellung des Herrn Reichskanzlers gestatten es ihm nicht, in schwebende Prozesse einzugreifen.“ — heißt es in dem vom 27. d. M. datierten Schreiben der Reichskanzlei an die Redaktion der „Saale-Zeitung“. — Die Aufstellung des Kanzlers mag formell richtig und es mag auch keine angenehme Aufgabe sein, sich von den wilden Weipen die Hände zerreiben zu lassen, aber es hätte sich, unseres Erachtens, immerhin ein Weg finden lassen, der es dem glühenden Vaterlandsfreunde ermöglichte, die Richtung zu einer Verständigung festzulegen.

## Ein englisch-russischer Europavertrag?

Die Reisen des Präsidenten der französischen Republik Fallières nach London und die des Königs von England nach Petersburg werden vom „Mörschen“, „Corriere della Sera“ in einem Beilieferung besprochen. Es würde nicht notwendig zu einem wirklichen Verabhandlung-England-Französisch-Rußland kommen, es ließe sich auch nicht als höchstwahrscheinlich anzusehen. „Für fast sicher aber halten wir“, sagt das meist wohlinformierte Blatt, „den Abschluß einer genaueren Verständigung über einige bestimmte europäische Fragen. Die verschiedenen in den letzten Jahren zustande gebrachten Abkommen ermöglichten es sowohl England als Rußland, sich mit verstärkter Tätigkeit und erhöhtem Gewicht den europäischen Fragen zu widmen. Nachdem der Vertrag von Müzberg über die Balkanfragen eine historische Erinnerung geworden ist, kam es zu der Einigung zwischen Rußland, Italien und Frankreich in der Adriabahn-Angelegenheit. Dabei zeigte sich, daß zwischen diesen drei Mächten auch in bezug auf die macedonischen Reformen keine wesentliche Meinungsverschiedenheit bestand. England war bisher über die Ziele und Methoden wegen Machtpolitik mit den anderen Mächten nicht vollständig im Einklang. Jetzt aber dürfen“, sagt das Blatt weiter, „die beiden Entretien von London und Kewal zu einer vollständigen Verständigung Englands und Rußlands über die Balkanfrage sowie zu einem Abkommen beider Mächte über Europa führen, wie sie bereits ein solches Abkommen über Asien erzielt haben. Dies wäre der Anfang und die Basis einer neuen fruchtbareren Konstellation der Europamächte.“

Rußland, England, Frankreich, Spanien. Ob wirklich etwas so Konkretes aus den beiden Begegnungen hervorgehen wird, kann noch niemand sagen. Jedenfalls gehen die Tendenzen ihrer Kabinette auf dieses Ziel. Die internationalen Politik erhielt hierdurch einen neuen Charakter und eine neue Diktatur.

Wenn auch kriegerische Vermittelungen wohl ausgeschlossen seien, schließt der Artikel denn niemand wagt einen Krieg heraufzubeschwören, so müßte eine solche zum Zwecke der Behauptung des internationalen Gleichgewichts geschlossene neue Gruppierung der Mächte doch zweifellos durch ihre gewaltige Macht einen überwindenden Einfluß auf die Entscheidung der europäischen Probleme, speziell hinsichtlich des Orients, ausüben.

## Nichans Besuch im Londoner Auswärtigen Amt.

Minister Nichans stattete — wie aus London gemeldet wird — in Begleitung des Staatssekretärs Cambo im dortigen Auswärtigen Amt einen Besuch ab und hatte mit Staatssekretär Grey eine einstündige Unterredung über alle bedeutenden politischen Fragen zwischen den beiden Ländern. Die Unterredung hatte eine vollständige Übereinstimmung zwischen beiden Kabinetten ergeben.

## Deutsches Reich.

### Hof- und Personalnachrichten.

Der Kronprinz ist gestern auf dem Einienstift „Deutschland“ auf der Reede von Helgoland eingetroffen. — Der ehemalige oldenburgische Justiz- und Kultusminister Floritz ist gestern in Montreux an den Folgen einer Lungenerkrankung gestorben. Der Verlebte war drei-jährig lang als oldenburgischer Minister gewirkt. Während seiner Amtszeit ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen Regierung und Landtag, besonders auf dem Gebiete des Schulwesens, gekommen, da der Verlebte eine durch und durch konservative Natur war und den liberalen Forderungen härtesten Widerstand entgegensetzte. — In dem Befinden des Erzbischofs Dr. v. Albert von Bamberg, der seit einigen Tagen an Infarkus erkrankt ist, ist eine Besserung eingetreten. Die Ärzte konstatierten Gallesteinleiden.

## Wie das Wählen zum Landtag erschwert wird!

Wie den Wählern von der Obrigkeit das schon so schwierige Wählen zum Landtag noch erschwert wird, das zeigt aufs neue ein Beispiel aus dem Kreise Wangzleben. Dort regiert der Landrat v. Rohe (ganz nebenbei gesagt ein Sohn des zur Wiederwahl stehenden Landtagsabgeordneten v. Rohe). Der Herr Landrat ordnete an, daß in den Gemeinden seines Kreises die Urwahlverteilung, die Wahllokale usw. erst am 28. Mai allgemein veröffentlicht werden sollten — also 5 Tage vor der Wahl. Hieraus erwachsen den nicht-konserwativen Parteien natürlich die größten Schwierigkeiten hinsichtlich der Besetzung der Wähler der Wahlmänner. Weiterhin ordnete Herr v. Rohe an, daß überall die Wahlzeit (Terminwahl) auf 12 Uhr mittags festzusetzen sei. Zahlreiche der in Meißendorfen die Verlegung der Wahlen in die späteren Nachmittagsstunden erbeten und dafür auch Entgegenkommen gefunden. Die Anordnung des Landrats war dies über den Haufen und verlegte die Wahl in eine Zeit, wo die meisten Wähler der sehr industriellen Ortsgemeinde völlig unbeschäftigt sind.

Auf diese Weise „fördert“ man in Preußen die Beteiligung und das Interesse der Bevölkerung an den Staatsgeschäften! Den Kreisangehörigen ist es zumeist um so lieber, je weniger Wähler ihre staatsbürgerlichen Pflichten ausüben.

## Zum Fall Eulenburg

schreibt der Herausgeber des „Fürmers“, J. E. Freiherr von Grotthuß, in seinem Tagebuch: Fürst Eulenburg mag sich bei seiner Presse oder — deren Einflüßer bekenne, wenn so scharfe Worte gegen ihn fallen. Sie hätten bei dem, was ihn nun doch getroffen hat, vermieden werden können, wären auch vermieden worden, wenn nicht ein Teil der Presse bei seiner Reinigungswäsche alle ethischen Begriffe in so dreist herausfordernder Weise auf den Kopf stellte, daß Schwelgere geradezu Beihilfeleisteten zu einer solchen Korruption der sittlichen Empfindungen unseres nun allzu suggestiblen Volkes hieße. Interessant ist die Beobachtung, wie auch hier wieder der angekommene Göttergott sich zugunsten des Hochgefühls im Unterbewußtsein vieler zu regen beginnt. Können wir nicht fast täglich viel tragischer Fälle erleben? Aber wir achten kaum auf sie. Sind doch nur ganz gewöhnliche Bürger, oft „nur“ Arbeiter die — nicht einmal immer schuldigen Opfer.

Wenn Männer wegen irgendwelcher politischen „Verbrechen“ durch Schrift oder Wort — subjektiv also doch nur ihrer ethischen Ueberzeugung wegen — auf Monate und Jahre ins Gefängnis oder gar ins Zuchthaus müssen und die darübende Familie, die hungernden Kinder ohne Erzhilfer zurücklassen; wenn Töchter armer und wie oft auch „guter“ Familien nach langem, nutzlosem, ermüdendem Kampfe um das tägliche Brot sich der Schande in die Arme werfen, an Körper und Seele prostituiert müssen, wo doch ihr ganzes Innere in einem einzigen Aufschrei dagegen reoifiziert hat, bis die Gemohnheit den Gottesfunken in der Seele erlöschen ließ; — wo, frage ich, ist das das ferngerühmte „Mittel“, man hat da jemals humanitanges Gewemal die Zeitungen gefüllt? Mit eifriger, oft Entsetzen erregender Räte werden solche Fälle in zwei Zeilen entzweit. Mittelst allen Behenden, allen Opfern persönlicher und sozialer Notstände, menschlicher Selbstacht, rüchelhafter Gehebe, die sich nach Jahren abtrotzen über dem einzelnen und den Wählern in furchtbarer Katastrophe verarmend entfallen. Mittelst mit jedem dieser Fall, Mittelst auch dem Fürsten Eulenburg. Aber kein fallisches Mittel; kein Mittel, das an andere Herzen nur rühren zu können glaubt, wenn es, um den einzelnen gesund zu bitten, das sittliche Lebensblut der Gesamtheit vergiftet. Die das wahre Mittel im Herzen tragen, das große Leid aller Kreatur mitleiden, die brauchen auch für den Fürsten Eulenburg nicht erst ein Mittel angegangen zu werden. Und tritt das Anliegen gar mit der freien Forderung an sie heran, ihre Begriffe von Gut und Böse, Recht und Unrecht für den einzelnen Fall über Bord zu werfen, so wollen sie solchen fallischen Apollon energisch die Türe.

Was steht denn heute zur Anlage? Die sexuellen Verhältnisse des Fürsten? Die stehen auf einem anderen Blatt. Hier wird die Anklage erhoben, daß Fürst Eulenburg zu seinem Tugenden, ohne Rücksicht auf Freiheit und Gesundheit, physische und moralische Kräfte anderer Menschen, Eide geschworen hat, von denen er wußte, daß sie den Ruin eben dieser Menschen, wenn nicht allein verurteilten, so doch mit herbeiführen mußten. Und — von denen er gleichzeitig wußte, daß sie Unmahrens befruchtigten. Wer die auf der Tagesordnung stehende Schulfrage anders stellt, der fällt sie eben um, und zwar zu keinem anderen

... als durch den Appell an die menschlichen, allzu menschlichen  
Intelligenz Stimmung für seinen Akt zu machen...  
Nun die Majestät des Reiches lassen fallen: das war hier  
wie immer und überall das einzig Mögliche und Bestmögliche. Und  
das immer Schmerzhaftes. Hätten die Behörden von Anfang an  
mehr Respekt vor dieser Majestät, weniger Respekt  
vor gemissenen Durchlässen und Hoheiten gehabt,  
— es wäre uns alles erspart geblieben.

### Die Dotation und die altpreussische Einfachheit.

Das bereits mitgeteilte Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß der Reichstag sich nicht mit einer Dotation für den Kaiser zu befassen habe, muß aber gleichzeitig leider als eine Behauptung bezweifelt werden, daß eine Erhöhung der Zinsliste für Preußen geplant sei, daß also der preussische Landtag deswegen angegangen werden wird. Diese Ansicht darf auch die Bedauern, der den jahrelangen Mühen und unterm Hofbeamten jene Erhöhung ihrer Bezüge gönnt, die demnach die entsprechenden Kategorien der Reichs- und der Staatsbeamten erhalten sollen. Ist es in der Tat unmöglich, daß eine derartige Verbesserung aus der jetzigen Zinsliste besitzten wird? Der „Sannov. Courrier“ weist darauf hin, daß der preussische Finanzminister bei der Einbringung des letzten preussischen Etats unter dem lauten Beifall aller Parteien und unter der ungeteilten Zustimmung der Presse an die Klassen und Stände insgesamt die Mahnung richtete, zur alten Einfachheit zurückzukehren. Gabe die Krone Preußen hierfür ein leuchtendes Beispiel, indem sie die Erhöhung des Gehaltes der Hofbeamten veranlasse, ohne eine Erhöhung der Zinsliste zu beantragen, dann würde sie nicht nur große moralische Eroberungen machen, sondern auch in überaus wirksamer Art der gegenständlichen, so notwendigen Mittel für die altpreussische Einfachheit die Wege bereiten.

### Deutschland und die mazedonische Frage.

Der deutsche Botschafter in Washington, Freiherr Speck von Sternburg veröffentlicht dem „Berliner Tageblatt“ folgende Ansicht, in dem er die Stellung der deutschen Regierung zu dem letzten Vorfalle in Serbien, das Deutsche Reich — so heißt es in dem Artikel — ist sich mit der ganzen zivilisierten Welt darüber einig, daß die Zustände in Mazedonien einer Reform dringend bedürftig sind, und daß die hierzu zu ergreifenden Maßnahmen die Unterdrückung aller Mächte finden müssen. Deutschland sei zu einer wohlwollenden Prüfung der Projekte bereit, die sich auf die Zulieferung beziehen, und deren baldige Verwirklichung ein Gebot der Notwendigkeit ist. Was die Sandbag-Bahn anlangt, so habe Österreich-Ungarn einen vertragsmäßigen Anspruch auf die Ausführung seines Projektes. Die Behauptung, das Deutschland hinter der Türkei stehe bei ihrer bilateralen Behandlung der mazedonischen Frage, sei eine absurde Erfindung.

### Eigenartige Vorgänge in Mex.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet: Eine eigenartige Untersuchung haben die militärischen Behörden der neuen Forts von Mex. unternommen. Auf Gerüchte hin, die besagen, daß unter den neuverordneten Arbeitern französische Offiziere sich befänden, wurden sämtliche Arbeitssücher auf das strengste kontrolliert und alle nicht in Lothringen geborenen Arbeiter photographiert. Das Gerücht wurde noch durch folgenden Vorfall genährt:  
Bei Gormipont fand dieser Tage ein Nachtmörder statt. Hierbei sollen elektrische Scheinwerfer ein französisches Lichtspiel erlitten haben, das über dem Uebungsterrain manövrierte. Die Mörder wurden sofort abgehängt.

### Der Kampf um Niebische.

Aus Tena wird uns berichtet: In dem bekannten Prozeß des Schriftstellers Bernoulli und des Verlagsbuchhändlers Eugen Diederichs gegen den Schriftsteller Peter Gast wurde am Mittwoch vom hiesigen Oberlandesgericht das Urteil gesprochen. Es handelt sich um den Streit des Schriftstellers Heinrich Köstler (genannt Peter Gast) in Weimar gegen den Verleger Eugen Diederichs (Nene) und den Schriftsteller Bernoulli (Gast) wegen Freigabe des zweiten Bandes von Bernoullis Werk „Der Tod und Niebische, eine Freundschaft“. Köstler hatte gegen die Veröffentlichung des zweiten Bandes, in dem seine Briefe an den verstorbenen Bielefelder Professor Overbeck über Niebische verwertet wurden, eine einstweilige Verfügung erwirkt und das Landgericht Weimar hat diese Verfügung unter dem Gesichtspunkte des Urheberrechts aufrechterhalten. Gegen dieses Urteil hat Bernoulli und Diederichs Revision eingelegt und das Oberlandesgericht verhandelte am Freitag unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Genfath in dieser Angelegenheit. Es wurden folgende drei Gesichtspunkte in Betracht gezogen: Vertragsverhältnis, Urheberrecht und Persönlichkeitsrechte. Zum ersten Punkte machte der Vertreter Peter Gasts geltend, daß es außer Zweifel stehe, daß der Briefwechsel gemeinliches Eigentum sei und die Briefe ohne Zustimmung Peter Gasts nicht veröffentlicht werden dürfen. Die Frage ist auch insofern freitragend, als Overbeck den Schriftsteller Bernoulli zur Herausgabe der Briefe ermächtigt hat, während er andererseits Peter Gast zuküßte, daß er seine Briefe nach seinem (Overbecks) Tode zurückzahlen würde. — Nachdem über diesen Punkt den ganzen Vormittag verhandelt worden war, erklärte das Oberlandesgericht, daß es einer Erörterung der Frage, ob das Urheberrecht oder ein Persönlichkeitsrecht verletzter worden sei, nicht bedürfe, da das Gericht genügend Unterlagen habe, um zu einer definitiven Entscheidung zu gelangen. — Die Urteilsverhandlung wurde dann am Mittwoch angefangen und der Senatspräsident Genfath verurteilte das Urteil dahin:

Die Verfügung Bernoulli-Diederichs gegen das Urteil des Landgerichts in Weimar wird zurückgewiesen. Es sei Peter Gast ausdrücklich von Overbeck versichert worden, daß jene Briefe nicht veröffentlicht werden und es liege somit ein Vertragsverhältnis vor. Eine Veröffentlichung der Briefe würde gegen die guten Sitten verstoßen.

### Aus den Kolonien.

Von der Bernburg-Beise. Staatssekretär Bernburg wird in Kapstadt Gast des Gouverneurs Sir Walter Selig-Buttinton sein und später, einer Einladung des Lord Selborne folgend, Pretoria besuchen. Die Rückfahrt von Swatopund nach Europa ist auf den 12. September festgesetzt und wird auf einem deutschen Dampfer vor sich gehen.  
— Vernehmung der Baumwollproduktion. Von allgemeinem Interesse ist, daß die Baumwollproduktion der

deutschen Kolonien sich von 82 Ballen im Jahre 1902 auf rund 8000 Ballen im Jahre 1907, also um das 40fache vermehrt hat. Dabei ist der bisherige gänzliche Mangel an leistungsfähigen und billigen Transportmitteln zu berücksichtigen und außerdem, daß diese Produktion zum allergrößten Teile von Eingeborenen und europäischen Kleinrentnern stammt. Die Wirkungen der neuerdings ins Leben gerufenen Baumwoll-Plantagenbetriebe werden erst im nächsten Jahre in die Erscheinung treten.

### Schule.

— Die Rekrutierung. Während in Hessen in den höheren Ansehenschulen auch Mädchen zugelassen werden, ist in Preußen an die Einführung der Rekrutierung in noch lange nicht zu denken. Gerade in jüngerer Zeit sollen sich durch ungünstige Berichte aus Amerika und Norwegen die Bedenken noch erheblich verhärtet haben.

— Zurückgegangene Verfügung. Auf Veranlassung der Regierung zog der hiesige Kreisinspektör seine Verfügung, die den Lehrkräften von Brand den Besuch hiesigen unterlagte, zurück. — Das war auch wirklich nötig, wenn man nicht an Verhöhnungen und Anderem zweifeln sollte!

### Aus der Wahlbewegung.

Nach einer von befreundeter Seite geführten, uns zur Verfügung gestellten Kandidatenliste zum preussischen Abgeordnetenhause stehen die Konserwativen mit 24 aufgestellten Kandidaten weit an der Spitze aller übrigen Parteien. Die meisten ihrer Kandidaten entfallen auf Brandenburg (42), Schlesien (39), Pommern (27), Hannover (25), Ostpreußen (22), also auf jene Kreise, in denen der großgrundbesitzige oder der Landrat unumstränkter Herrscher zu sein pflegt.

In weitem Abstande von den Konserwativen kommt die nationalliberale Partei. Ende voriger Woche waren 150 Kandidaturen von ihr bekannt. Die meisten (35) hatte sie in Hannover, wo sie bekanntlich diesmal von den bündlerischen Konserwativen zu einem schweren Ekstremkampf herausgefordert ist. In der Provinz Sachsen und in der Rheinprovinz hat sie bis jetzt je 21 Kandidaten aufgestellt, in Brandenburg 18, in Rheinland-Westfalen 15 und so fort bis nach Westpreußen, wo sie nur 4, Ostpreußen nur 3, Pommern nur 2 und Polen nur 1 Kandidaten aufstellen konnte.

Hinter den Nationalliberalen folgt an Kandidatenzahl das Zentrum mit 120. Seine Hauptstärke liegt in der Rheinprovinz (47), in Schlesien (29) und Westfalen (21); alle übrigen Provinzen halten sich auf ganz kleine Ziffern.

Die freisinnige Volkspartei hat insgesamt 80 Kandidaten bekannt gegeben, darunter in Brandenburg 28, in Hessen-Nassau und der Rheinprovinz je 10. Neben ihr steht die freisinnige Vereinigung mit 8 Kandidaturen in Pommern, 3 in Brandenburg, 3 in Polen, 3 in Schleswig-Holstein, je 2 in Westpreußen, Hannover, Hessen-Nassau und je 1 Kandidatur in Ostpreußen, Schlesien und Westfalen. Sie hat also bisher zusammen 28 Kandidaten aufgestellt.

### Allgemeine Mitteilungen.

— Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht einen Erlass des preussischen Finanzministeriums, durch den gemäß einem Bundesratsbeschlusse vom 21. Mai die Brennsteuererhöhung von 6 Mark auf 5 Mark für das Fünfteljahr herabgesetzt wird.

— Die Aufbesserung der Beamtengehälter in Sachsen, die einen Verbrauch von jährlich 15 Millionen Mark erfordert, wurde von der zweiten Kammer mit großer Mehrheit angenommen.

\* Der nationalliberale Abg. Varrick befragt die demnächstige teilweise Fusion der „National-Zeitung“ mit der „Post“.

### Ausland.

#### Die Volksschulreform des englischen Kabinetts.

Ueber das eben in zweiter Lesung beschlossene Volksschulgesetz schreibt Carl Herzer im „Tag“: Damals (1906) lief alles beinahe auf eine vollständige Trennung von Schule und Kirche hinaus, heute ist durch das neue Gesetz die dauernde Etablierung der konfessionellen Schule in England gesichert. Das kommt daher, daß die Regierung, die ihr radikales Geolge abhütteln will, nun sich den Verhöhnungsplan des Bischofs von St. Asaph zu eigen gemacht hat. Der neue Entwurf geht von zwei Grundgedanken aus. Jede Volksschule soll unter die Kontrolle des Grafschafts- bzw. Stadtrats, mindestens unter Staatskontrolle kommen. Vom Volksschullehrer wird keine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession verlangt. Das klingt wohl sehr radikal, ist in Wirklichkeit aber fast harmlos. Zunächst wird in allen Volksschulen das Existenzminimum des bisherigen Religionsunterrichts, nämlich der Bibelunterricht nach der Cowper-Temple Clause erhalten. Außerdem kann jede bisherige Konfessionsschule bei der Uebertragung ihrer Gebäude an die Kommunalbehörde je besondere Art des religiösen Unterrichts (sogenannte religiöse „Erläuterungen“) ausbilden, wenn sie bisher die einzige Volksschule in dem Schulbezirk war und es bleiben soll. Dadurch soll der Gewissenskampf gegenüber konfessionellen Schulen anhängenden Eltern vermieden werden. Aber auch in Bezirken, wo die konfessionelle Schule nicht die einzige Volksschule ist, kann bei der Uebertragung noch eine besonders prächtige Bestimmung der Cowper-Temple Clause, d. i. des bisherigen Religionsunterrichts, verlangt werden. Und nun gar zum Schluß: Wenn eine konfessionelle Schule von ihren bisherigen Leitern, den Managern, nicht an eine Kommunalbehörde ausgeliefert werden will, dann insinuiert sie wohl der Inspektor des Unterrichtsministeriums. Sie bleibt nach wie vor konfessionell, erhält aber trotzdem die Staatsunterstützung (parlamentarisch), wenn auch keine Unterstützung aus Kommunalsteuern (rate-aid). Man sieht: im großen und ganzen bleibt es beim Alten, neu ist nur, daß die „konfessionellen“ gegen ihren Willen zur Herausgabe der Schulgebäude gezwungen werden können.

Die blutigen Vorfälle in Czernichow. Wie der „Deutschen Journalist“ aus Lemberg gemeldet wird, ereigneten sich die blutigen Szenen, über die bereits berichtet ist, in Czernichow auf den Festungen des Grafen Adam Korsyowski, der bei den letzten Landtags-

wahlen gegen den russischen Kandidaten durchgefallen ist. — Von den 10 Schwerverletzten ringen zwei mit dem Tode. — Der erste Schuß wurde von einem Wladimir abgefeuert, worauf die Gendarmen mit der Kalte antworteten. Aus Tarnopol ist ein Kommissär mit Gendarmen nach Czernichow an Ort und Stelle eingetroffen. Der russische Militär meldet, daß auf die flüchtenden Bauern von rickowitz erschossen wurde. Nach Berichten aus russischer Quelle sind im Laufe des gestrigen Tages von der bei den Zusammenstößen der Bauern von Czernichow mit den Gendarmen getöteten Personen vier gestorben, wobei sich die Zahl der Toten bisher auf neun erhöht. Die Zahl der Schwerverletzten wird auf 15 angegeben. Die Zahl der Schwerver-

leber die Ursache des Kommissärs verläutet, daß ein Anstich von dem Tode von Czernichow stiftete und hierbei von dem Gendarmen verjagt wurde. Die Mutter des Anstichers nahm sich dessen an und eilte unter fortwährendem Hilferufen in das Dorf. Das Befehlen der Mutter um ihren Sohn verurteilte in dem Dorfe einen förmlichen Aufruhr, der sich darin äußerte, daß die Bauern sich alsbald zusammenrotteten und gegen die Gendarmen zogen, die inzwischen die Mutter des Anstichers festhielten. Ein Förster soll, um die Menge zu zerstreuen, einen Schrotzschuß abgegeben haben. Die Gendarmen, welche mit seinen Bemühungen umgehen und nunmehr glauben, daß die Bauern gegen sie flüchten, antwortete mit Salven. — Anlässlich der Befragung der Opfer des Zusammenstoßes haben die Bescheidungen die unmisslichen Vorkehrungsregeln getroffen, um Ausschreitungen zu verhindern.

### Die deutschen Geistlichen in England.

Aus London wird berichtet: Die deutschen Geistlichen besuchen gestern die Parlamentsgebäude und wurden hierbei vom Unterrichtsminister im Namen der Regierung begrüßt.

### Russische Polizei.

Aus Odessa wird gemeldet: Auf Befehl des Generalgouverneurs ist eine Reihe von Polizeibeamten wegen Desprezungen entlassen worden. Die gerichtliche Untersuchung hat ergeben, daß die Polizeibeamten Entpressungen aus in politischen Angelegenheiten verübt haben.

### Der Prozeß gegen die Verschwörer von Cetinje.

Die aus Cetinje, der montenegrinischen Hauptstadt, einlaufenden Berichte über den Hochverratsprozeß werten in Belgrad völlig konfirmierend. In einzelnen, der Regierung nachstehenden Presorganen wurde stets behauptet, daß die ganze Bombenaktion nur eine von der montenegrinischen Regierung angeordnete Komödie ist, die das Publikum gläubig aufzunehmen hat. Dagegen lagen jetzt die Hauptangeklagten aus, daß die Pläne zu dem Attentat tatsächlich in Belgrad geschmiedet und die Bomben aus der Hauptstadt Serbiens beschafft worden sind. Nach dem Bericht ist es, daß die Verschwörer gegen den Minister Petković ausjagen, mit dem sie in Beziehungen gestanden haben. Aus den Auslagen geht hervor, daß dem serbischen Ministerpräsidenten die ganze Affäre nicht unbekannt ist. Sollte dies während der Verhandlung genau nachgewiesen werden, so dürfte Petković keine Minute länger auf seinem Posten verbleiben können.

### Das Choleraepidemie.

In der Provinz Pangasinan ist die Cholera ausgedehnt. Vier Städte sind davon betroffen, darunter Dagupan, wo 5 Mitglieder der Familie des Leutnants wärter gestorben sind, deren Tod erst entdeckt wurde, als man bemerkte, daß das Vieh des Leutnants während des Tages brannte. Auch in Rizal und Zambales herrscht seit Januar die Cholera.

### Serbien.

Aus Teheran wird telegraphiert: In die Wohnung des russ. Finanzagenten und Direktors der Diskontbank Firzgardski drangen drei unbekante Männer ein, angestrichelt, um zu rauben. Als Othrogadski ihnen entgegenkam, erhielt er einen Schuß, der ihn leicht verwundete. Als der Direktor selbst schoß, ergriffen die Räuber die Flucht.

### Vom Balkan.

Aus Saloniki verläutet: In dem Nachbarort. Glaf sind sieben bulgarische Feldarbeiter von einer griechischen Bande ermordet worden. Militär ist dorthin abgegangen.

### Marokko.

Wie ein gut orientiertes englisches Blatt aus Tanger meldet, werden die Ueberreste von der Armee Abdul Wiss, denen es gelang, sich auf Rabat zurückzuziehen, nur noch auf ein Drittel der ursprünglichen Stärke geschätzt.

### Klein Tagesnachrichten.

— Die englische Flotte wird zum 30. Juni, wie aus London telegraphiert wird, vollständig mobil gemacht. Darauf werden die Kriegsschiffe in See gehen, um in der Nordsee wichtige Manöver vorzunehmen!

### Provinzial-Nachrichten.

#### Weim Noten Kreuz.

Dresden, 29. Mai. Bei dem gestern abend stattgehabten Festessen der Konferenzteilnehmer des deutschen Landesvereins vom Roten Kreuz gedachte der Vorsitzende der Konferenz, Oberzeremonienmeister von dem Knebel, der gütigen Förderung der Sache des Roten Kreuzes durch den Kaiser und den König von Sachsen und brachte zum Schluß ein dreifaches Gsch auf die beiden Monarchen aus. Der Vorsitzende des sächsischen Landesvereins, Graf Wigum von Gschütz, fete in löhningvoller Rede das gütige Zentral-Komitee, während General v. Niebisch im Namen der Konferenzmitglieder den Dank ausprach für die gütige Aufnahme der Konferenz durch den König, für den freundlichen Willkommen durch die Stadt und den Empfang durch den Generalkonjunkt Wamblich. Sein Trinkspruch klang in ein Gsch auf den Landesverein Sachsen, insbesondere den Grafen Wigum aus.

#### Zum Provinzialstädtetag in Halberstadt.

Für den am 4. Juni abends im Stadtparksaal stattfindenden Festkommers ist ein reichhaltiges Programm aufgestellt. Die Halberstädter Liebertafel wirkt durch Liebertafelvorträge mit; das Orchester bildet das Trompetekorps der





**Königl. Mineralbrunnen Siemens Erben, Berlin**

Pächterin von „Königlich Fachingen“ — unsere öffentlich erhobenen Vorwürfe bisher völlig unerwidert gelassen hat (sofern nicht etwa die den Kernpunkt der Sache völlig umgehenden Publikationen der Firma in den letzten Tagen als eine diesbezügliche Rechtfertigung aufgefasst werden sollen), sind wir genötigt worden, gegen die Pächterin von

**Königlich Fachingen**

**wegen unlauteren Wettbewerbs**

die Klage beim Königlichen Amtsgericht in Frankfurt a. M. einzureichen.

Offenbach a. M., 23. Mai 1908.

Kaiser Friedrich Quelle A.-G.

**Sanatorium von Zimmermannsche Stiftung Chemnitz.**

Diät; milde Wasserkur; elektrische und Lichtbehandlung; seelische Beeinflussung; Wasserassistent, Röntgenbestrahl., d'Arsonvalisation; heizbare Winterluftbäder; behagliche Zimmereinrichtung; Behandlung aller heilbarer Kranken, ausgenommen ansteckende und Geisteskrankhe. Illustrierte Prospekte frei. (3500) Chefarzt Dr. Loebell.

**Der Grundgedanke**

für die bevorstehende Landtagswahl in Halle-Saalkreis, welcher täglich an Boden gewinnt ist, daß eine großartige Politik geschrieben werden muß. Nur dadurch kann der politische Friede, welcher namentlich für den Gefährtungs-Kreis so wichtig ist, bei uns eintreten. Es muß sich die verschiedenen Parteien bei der Landtagswahl für die nächste Reichstagswahl und bei der Reichstagswahl für die nächste Landtagswahl verständigen? Man muß bei jeder Wahl den Blick auf das Ganze richten! Wenn man das tut, kann nicht man leicht, daß die drei Mandate, welche unter Wahlkreis in den gelebenden Körperlichkeiten zu vergeben hat, unangenehm folgendemachen unter die bürgerlichen Werten zu verteilen sind. Das Reichstagsmandat bestes die Freisinnigen, ein Landtagsmandat erhalten die Nationalliberalen und durch das zweite Landtagsmandat werden die reichstagsfähigen des Wähler vertreten. Das ist recht und billig. Damit verspricht aller Hant und Streit über politische Dinge, die Politik des Reiches ist auf den Wahlkreis übertragen, die Gesellschaft wird nicht immer von neuem beunruhigt und die Sozialdemokratie verliert ihre vergebende Wirkung in unserem Bezirk, da sie politisch bedeutungslos wird. Aber dieses ideale Ziel mit vernünftigen Mitteln, wie er würde am 3. Juni nur solche Wahlmänner, die in der Hauptwahl am 16. Juni ihre Stimmen für die Herren

**Justizrat Dr. Keil und Privatdozent Dr. Steinbrück**

abzugeben gewillt sind. Jeder mit Namen geeigneter Wahlmänner werden vor den Türen sämtlicher Wahllokale zu haben sein. 10045 Das Wahlkartell für Halle-Saalkreis. J. M.: Brauer, Glimm, Suchsland.

**Total-Ausverkauf**

wegen Todesfall nur noch bis 26. Juni. Restbestände in Tischwäsche, Herrenwäsche, Erktoggen, Erftlingswäsche zur Hälfte des Preises. Ida Böttger Nachf., Brüderstraße 16. (10052)

**„Wipp-Ball“**

ist das neueste u. gefündeste Spiel für Jung u. Alt. Es haben im Sportgeschäft von Julius Bacher, Halle a. S., Leipzigerstraße 12. Mgl. des Rabatparcours. (9513)

**Streichbare Elgob-Pflanzenbutter Holsten**

Naturbutter in Geschmack und Eigenschaften absolut ebensbürtig, dabei 10% fettreicher. — 1 Pfund 30 Pfg. Ein Versuch u. Sie überzeugen. Verkaufsstellen: St. Ulrichstr. 3, Otto Goltshalk, Steinweg 24, Gebr. Luckas, Bernhardsstr. 2. General-Vertrieb: 10008 August Claassen, Halle s.



**Alleinvertauf Christian Voigt**

Leipzigerstraße 16, Hut-Lager. Jeden Sonnabend Gr. Schlachtfest E. Schmidt, Tomisch 5. Reuheiten f. Geschäfte u. Nagelringe empf. billigt d. Parfümerie Oscar Balts, Leipzigerstraße 91. Kanarierbühne, gute Schläg. 3. vert. Wilhelmstr. 7, Garten, 11.

**Adolf Rühl**

Hubertus-Mantel für Damen und Herren sehr praktisch und preiswert! H. Schöne Nohl, Gr. Steinstr. 84.

**Loden-Pelerinen**

Geht batyrische (4841 woffen.) f. Herr., Dam. u. Kind. ampler sehr preiswert! H. Schöne Nohl, Gr. Steinstr. 84.

**Die Volksfischen**

befindlich L. Brunnenstraße 31, L. Hiesensstr. 16. 1 ganze Portion zu 25 Pfennig, 1 halbe 13 Pfennig. Marken zu ganzen und halben Portionen, welche an beliebigen Tagen in beiden Rädern werden können, sind zu haben bei Herrn Kaufmann Dille, Geislerstraße 88, bei Herrn Kaufmann Zubling Elard, Leipzigerstr. 80, Nähe des Leipziger Turmes, und bei Herrn Möbius, Ritterstr. 5.

**Walhalla-Theater.** Vorzügliches Spezialitäten-Programm. Intern. Ringkampf-Konkurrenz. Heute, Freitag, den 23. Mai, Albert Sturm gegen Paul Moldt, Gambler II gegen Clemont Le Torassier. Vorverkauf nur im Theater-Kassensaal. Eintrittspreise nicht erhöht.

**Apollo-Theater.** Direction: Gustav Poller. Nur noch 3 Tage! Gaffelpiel des „Original-Casino Volks-Theaters“. Heute, Freitag, um 11. Uhr: „Er geht los.“ Gänzer Ausstattungsstücke mit Gesang in 3 Akten v. S. Prang. Morgen, Sonnabend, d. 30. Mai: **Benefiz** für **H. Prang**, den unergleichlichen „Tänzer“-Darsteller.

Donnerstag, 4. Juni u. Freitag, 5. Juni, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr in Bad Wittekind, Freitag, nachmittags 4 Uhr in der Saalkessbrauerei, an beiden Tagen, abends 8 Uhr in den Kaisersälen: **Vier grosse Konzerte** von (10059)

**Johann Strauss** mit seinem Wiener Orchester. (Bei ungünstigem Wetter finden die Nachmittags-Konzerte im Saale statt.) Eintrittskarten im Vorverkauf (einschliesslich Billetsteuer): für die Nachmittags-Konzerte: 50 Pfg. (Abonnement 55 Pfg.), für die Abend-Konzerte: nummeriert 6 Reihen 2.10 Mk., nicht nummeriert (Saal u. Balkon) 1.05 Mk. in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch, Alte Promenade 1 a., Fernspr. 1199.

**Radrennbahn, Merseburgerstr.**

Sonntag, den 31. Mai, nachm. 4 Uhr Großer Frühjahrspreis. Stundentrennen mit Motorickrittmachern. Es starten: J. Goor, Gütlich, F. Theile, Berlin, K. Rosenlöcher, Dresden, A. Leine, Merseburg, H. Oelker, Hamburg, M. Schnelle, Magdeburg. Gesamt-Preise: Mk. 4600.—. Training: Abends 7 Uhr.

**Kaiserbad Schmiedeberg, Halle a. S.**

Spezialanstalt für Rheumatischer und Gichtkranken. Gifenwasserbäder im Dampf. Mäßige Preise, vorz. Erfolge. Prospekt durch Dr. Schuckel, dir. Arzt u. Wetzker.

Ermäßigteter Eintrittspreis die 3 letzten Tage in der Stufenbahn 10 Pfg. Ermäßigteter Eintrittspreis die 3 letzten Tage in der Stufenbahn 10 Pfg. a Person 10 Pfg.

**Rosspplatz.**

Hause's umschlossene elektrisch konzentrische Stufenbahn Haases Toboggan mit Rolltreppe. Zu der Stufenbahn mergen Sonnabend von 4-7 Uhr nachmittags Letztes grosses Kinderfest mit neuen Heberzählungen. Unwiderruflich Sonntag letzter Tag. Gedinet an Wochentagen von 4 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends. Sonntags 3-11 Uhr. 10027

**Ev. Arbeiterverein**

Ortsverband der deutschen Gewerksvereine H.-D. Sonnabend, den 30. Mai, abends 8 Uhr, in dem Restaurant „Passage“ große Ortsverbandsversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag: Landtagswahlen. Alle Verbandskollegen sind hierzu eingeladen. Der Vorstand.

**Winter- 1/2 9 Uhr. garten.**

**Cabaret**

unter Leitung des ehemaligen Königl. Hofopernsängers Doria de Gomez durch den deutsche Gascio. Kurzes Gastspiel hervorragendster erster Kunstkräfte I. Ranges. Heitere Intime Abende. Baronin Hilde von Bernegg, Open u. Gelang-Siva, Christel Berg, Operetten-Sängerin, Gerda de Gomez, humoristische Vortragskünstlerin u. Dilettante, Doria de Gomez, Gelbentener, Erich Kersten, Conferencier u. Vortragskünstler, Schönborn-Sommer, Komponist am Klavier, Charakter-humorist Otto Renne.

**Grosser Erfolg bildet das Stadtgespräch! Cabaret! Wintergarten**

Entree 75 u. 50 Pfg. Karten alltäglich gegen Zahlung III. Platz 30 Pfg. 9617

**Wintergarten im Café**

täglich von abends 7 1/2 Uhr an fortgesetzt durch 14535

**Künstler-Ensemble „Styria“**

Solisten ersten Ranges. **Bad Pyrmont** — Villa Erika — im international. Badeterritorialpark finden a. junge Mädchen, m. s. Stur kommen, Hebung, Aufnahmeh. Edith Gertraud Klapproth. Robert Franz-Singakademie. Sonnabend 6 Uhr Hebung für Damen im Volksklubsaal.